

Bauern, niedergelassene Ärzte, sogar Großmakler. Zieht man die Galionsfigur des redlichen, aber verblendeten Bahro ab, dann bleibt an allen Schaltstellen der besitzende Mittelstand unter sich.

Das hindert freilich den **Besitzlosen** keineswegs daran, begeistert im Troß mitzumarschieren und dort sogar die Mehrheit zu bilden – nicht anders als die Erdölarbeiter und die verarmte Stadtbevölkerung in der persischen Revolution. Gesiegt haben aber Klerus und Bazaris, die Nutznießer der Revolution wurden, weil sie im Gegensatz zur nachtrottenden Masse, die keine eigenen Führer hatte, organisiert waren und wußten, was sie wollten. Diese Situation hat es in der Geschichte schon sehr oft gegeben, und bei den Grünen wiederholt sie sich anscheinend im kleinen Maßstab.

Übrigens: Bei all den geschichtlichen Beispielen dieser Art (von Cromwell bis Khomeini) gab es natürlich auch zahlreiche »Saarbrückens«, in denen der besitz-, aber auch führerlose Troß wild rebellierte, jedoch mangels einheitlichen Willens und klaren Konzepts gänzlich erfolglos.

Ein klares Konzept wäre allerdings das Ende jenes grünenden Bündnisses aus Hausbesetzern und Hausbesitzern, Mietern und Maklern. Es brächte letztere jedenfalls um die Führung. Aber glaubt Ihr im Ernst, unter dieser Führung würde sich Eure Lage – als vermietet- und gehaltsabhängige Akademiker – jemals bessern?! Wie gesagt, die Geschichte lehrt hier dasselbe wie die Logik.

Aber ein klares Konzept kann im Kampf gegen Illusionen und (von Eltern und Lehrern) anerzogene Vorurteile gewonnen werden – in konsequenter Arbeit also. Dafür freilich in einer sinnvollen. Wer keine treffende Antwort auf die Frage nach den Ursachen gesellschaftlicher Übel weiß – die Ungleichheit bei der Geburt, die unglaubliche Autoritätshörigkeit einschließlich der eigenen Person (bei gleichzeitiger Neigung zu kraftlosem Rebellieren), die Existenz der Religion und der sexuellen Entfremdung, um nur die auffälligsten Dinge zu nennen – wer also dies nicht erklären kann, bleibt dazu verdammt, darunter zu leiden. Will er unwissend dagegen angehen, z. B. als blinder Troß-Grüner, so ist sein Mißerfolg gewiß. Wer aber durchblicken will – z. B. um sich wehren zu können –, der muß Anstrengungen auf sich nehmen.

Die MRI ist noch viel zu klein, um als selbständige politische Kraft wirksam werden zu können. (Wo sie allerdings wirklich tätig werden kann, hat sie sich nie gedrückt, z. B. anlässlich der Bunten Liste Freiburg, die ohne ihre Initiative nie zustande gekommen wäre und ohne die sie auch, wie die BL Hamburg, längst ohne jede Gegenleistung von Gruhls Grünen geschluckt und dann auf die hintersten Plätze verwiesen worden wäre.) Solange wir also noch zu direktem politischen Handeln zu schwach und höchstens in Bündnissen wirkungsvoll sind, wo wir naturgemäß Kompromisse schließen müssen, ist es unsere Hauptaufgabe, durch Verbreitung der vom Herrschaftsapparat unterdrückten (entstellten, verleumdeten) Kenntnisse über die Grundlagen der Unterdrückung zu helfen, die Masse der Besitzlosen in die Lage zu versetzen, nicht hilflos hinter Modeströmungen, ihren Lehrern und Meistern hinterherzutrotten zu müssen, sondern ihr Geschick planmäßig in die eigene Hand nehmen zu können. Dazu gehört sogar das scheinbar private Geschick mit all seinen Ängsten und Vorurteilen, denn es folgt durchaus unbekanntem, aber dennoch erklärlichen Kräften.

Wer diese Orientierung durch Kenntnisse erwerben will, dem bieten wir als einzige marxistische Organisation, die die Erkenntnisse Freuds und seiner Schüler vorbehaltlos nutzt, unsere Grundschulung an:

Ort: Alte Uni, Raum 104; Zeit: 20 Uhr; Beginn: Dienstag, 22.4.1980

PS: Wir tun dies natürlich nicht, um uneigennützig Bildung auszustreuen, sondern um zu wachsen. Denn viele sind stärker als wenige. Aber wir verlangen in der »Grundschulung« bloß Aufmerksamkeit und Verstandeseinsatz; die praktischen Folgerungen aus den erworbenen Einsichten muß jeder selbst ziehen.

Flugblatt der MRI, April 1980

## Das Lorettobad – unser Schwimmbad ohne Kleiderordnung

In der kurzen Schönwetterperiode vor zwei Monaten haben innerhalb weniger Tage über 2000 Freiburger Bürger unsere Forderung nach einem Schwimmbad ohne Kleiderordnung mit ihrer Unterschrift unterstützt. Daß dieses berechtigte Bedürfnis so weit verbreitet ist, dürfte für die Freiburger Behörden keine Neuigkeit sein, denn weshalb sonst ist es am Opfinger und Niederrimsinger See, wo zunächst nur wenige Mutige ein nacktes Eckchen ertrotzt hatten, so unerträglich voll. Auch schon eine Umfrage des »Stern« ergab, daß 20 % der Bundesbürger lieber nackt baden wollen.

Dennoch legen die Freiburger Behörden dem Nacktbaden lauter Steine in den Weg. Während in zahlreichen anderen Bundesstädten wenigstens zwei Wochentage zum Nacktbaden im Schwimmbad reserviert sind – sogar in vielen Kleinstädten –, während im Kanton Bern und in der österreichischen Provinz Vorarlberg wenigstens für Männer und Frauen überall gleiche Vorschriften bestehen, d. h. die einfache Badehose reicht, während die Stadt Darmstadt ihren sehr großen Baggersee auch offiziell zum Nacktbaden freigegeben hat – währenddessen müssen immer noch alle Freiburger, die sich keine Bekleidung aufzwingen lassen wollen, nach Opfingen oder Niederrimsingen fahren. Und selbst dort sind sie eigentlich nur geduldet, nur geschützt durch ihre Masse.

Daß über die Wünsche eines Fünftels der Bevölkerung einfach hinweggegangen wird, ist schlimm genug, daß sie sich aber auch noch gewissermaßen dafür entschuldigen sollen, ist skandalös. Wir wollen niemandem aufzwingen, nackt zu baden, aber wir wollen ebensowenig, daß jemandem aufgezwungen wird, bekleidet zu baden. Nichts ist selbstverständlicher, als beim Baden auf eine Kleidung zu verzichten, die dabei gänzlich überflüssig ist. Deshalb darf es auch kein **Sonderrecht** sein, nackt zu baden, sondern es muß genauso selbstverständlich sein wie das bekleidete Baden, das immerhin, wie wir wissen, bei einem beachtlichen Prozentsatz der Bürger **unfreiwillig** ist.

Deshalb fordern wir, daß von den Freiburger Schwimmbädern wenigstens **eines** zum Nacktbaden freigegeben wird. Das Loretobad scheint uns hierfür sehr geeignet, da es stadtnah und somit für jeden erreichbar ist. Im übrigen haben sich bei einer durchgeführten Stichprobe 98% der Besucher für ein Schwimmbad ohne Kleiderordnung ausgesprochen. Entscheidend ist, daß kein **Zwang** herrscht, nackt zu baden, sondern es jeder halten kann, wie er will. Denn wir wollen keine **Ghettos** für etwas Natürliches und **Selbstverständliches**, so als ginge man beim Nacktbaden einer Art Laster nach, das vor Kindern und Unmündigen verborgen werden muß.

Im Gegensatz zu anderen Parteien bleiben unsere Wahlversprechen keine leere Formel. Unsere Forderung nach dem Schwimmbad ohne Kleiderordnung wollen wir in den neuen Stadtrat, der sich erst im Herbst konstituiert, einbringen. Mit unserer heutigen Aktion wollen wir ihr den nötigen Nachdruck verleihen. **Wir fordern alle auf, uns dabei zu unterstützen!**

Flugblatt der MRI, 28. Juli 1980

*Diese Aktion – mit einer Art Swim-in – war ziemlich erfolgreich. Wahrscheinlich brachte genau sie und nichts anderes die Marginalstimmen, die uns überleben ließen.*

## Erklärung der BUNTEN LISTE Freiburg zu den Bundestagswahlen

In diesen Wochen spielt sich in üblicher Weise der übliche Wahlkampf zwischen den üblichen bürgerlichen Parteien ab. Da auf der Seite der erklärten Rechten ein skandalumwitterter und unheimlicher Rechtsaußen in den Ring gestiegen ist, haben oppositionelle Organisationen keine Chance mehr, die 5%-Hürde zu nehmen, da wegen der Anti-Strauß-Panikmache die meisten der Unzufriedenen unter den Wählern wieder in den Schoß der Mutter SPD zurückflüchten werden. Heißt das, daß wir ihnen hinterherpurzeln sollten? Schauen wir uns lieber erst einmal nüchtern die Fakten an. Was haben elf Jahre SPD tatsächlich gebracht?

- Am 28. Januar 1972 führte der SPD-Kanzler Brandt auf Anregung des Hamburger Innensenators Ruhnau (SPD) bundesweit politische Berufsverbote ein und brach dadurch die westdeutsche Verfassung (Art. 3 Abs. 3, Art. 5 und einige andere – bitte nachlesen). Die CDU zog erwartungsgemäß eifrig mit, übertraf jedoch entgegen anderslautenden Gerüchten die SPD dabei keineswegs an antidemokratischem Eifer, wie der Vergleich der Bundesländer untereinander beweist. Wenn im letzten Jahr die Zahl **neuer** Berufsverbotsopfer abgenommen hat, so liegt dies keineswegs an einer Rückkehr der SPD zur Verfassung, sondern nur an der Schrumpfung der verfolgten Parteien. Diese ist teils Ergebnis ihrer eigenen Mängel, teils Erfolg ihrer Verfolgung. Die ca. 10 000 Opfer des Brandt'schen Verfassungsbruchs sind selbstverständlich nach wie vor arbeitslos oder in minderqualifizierte Tätigkeiten